

**Rede zum Haushaltspan 2010 im Rat der Stadt Gevelsberg, 25.03.2010,  
Sperrfrist: 25.03.2010, 17.00 Uhr**

**Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Gevelsberg  
Sprecherin: Christina Zett (Fraktionsvorsitzende)**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Zitat: „... die Kommunen (werden) finanziell ausgetrocknet ..., die kommunale Selbstverwaltung (wird) untergraben und die Städte und Gemeinden (sind) weitgehend funktionsunfähig.“

Entnommen einer Rede zum Haushaltsplan 1988 – vor 22 Jahren.

Die aktuelle Situation ist also nicht neu.

Wir haben eine katastrophale Schieflage der öffentlichen Finanzen, für die vor allem sie zusammen die Verantwortung tragen – Bundesregierungen und Landesregierungen, die sich - unabhängig von der Farbe SPD-rot, schwarz, gelb oder grün - als unfähig erwiesen haben, die Staatsfinanzen neu zu ordnen und der kommunalen Ebene wieder auf die Beine zu helfen.

Die viel zitierte Wirtschafts- und Finanzkrise – beginnend mit dem Zusammenbruch der Finanzmärkte 2007 / 2008 - ist also nicht der Ursprung der schlechten kommunalen Situation – sie hat aber dazu beigetragen: **Mehrere 100 Milliarden Euro** sind innerhalb kurzer Zeit den ‚notleidenden‘ Banken zugeflossen – und verschwinden noch heute zu einem großen Teil in ‚schwarzen Löchern‘.

Die gefeierten Heldentaten, z.B. für die Banken bestätigen den Charakter der Politik. Es kommt eben darauf an wer sich was wünscht, dann kommt auch eine Lösung von jetzt auf gleich.

Warum? Weil Banken als ‚systemrelevant‘ gelten.

Sind unsere Einwohnerinnen und Einwohner nicht systemrelevant?

Tausende von Beschäftigten kämpfen um ihre Arbeitsplätze, für ihre Existenzgrundlage und gegen ein letztendliches Abschieben in Hartz IV – das geht schneller, als man glauben kann. Nicht nur die Menschen, ihre Familien – und insbesondere Kinder – sind betroffen, sondern auch die Kommune. Die Steuerkraft sinkt, die Sozialausgaben **müssen** steigen!

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,  
wir brauchen einen Schutzschirm für die Menschen!

Ausgangspunkt ist § 75 Gemeindeordnung NRW, Absatz 1: „Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und so zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist“

In Absatz 2 steht weiter, dass der Haushalt in jedem Jahr ausgeglichen zu sein hat. Dies aber ist für unseren Haushalt 2010 NOCH gewährleistet.

Denn unsere Kommune greift auf die allgemeine Rücklage zurück (§76 Abs. 1 Nr. 1 GO): Für 2010 rund 8,1 Mio Euro, im nächsten Jahr – spätestens 2012 wird diese allgemeine Rücklage aufgebraucht sein ...  
...und was dann?

Der Regierungspräsident verweist stets auf das kommunale Haushaltsrecht, das ein Schulden machen nicht zulasse. Zentral sind aber das Grundgesetz und das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung.

Dieses wird seit langem missachtet. Auch die Kommunalaufsicht ist an Recht und Gesetz und vor allem an die Verfassung gebunden.

Das Konnexitätsprinzip – worauf die Verfassungsklage basiert – wird verletzt. Das Verfassungsgericht in Münster sieht es anders. Es gibt jedoch Forderungen die Gemeindeordnung für NRW in den entscheidenden Punkten zu ändern und zu konkretisieren, damit die Kommunen ihren Aufgaben nachkommen können.

Nach überschlägiger Sichtung des Haushaltsplans 2010 liegt u. E. ein Verstoss gegen das Konnexitätsprinzips im Millionen-Euro-Bereich vor!

Ich verweise hier noch mal auf unseren, von diesem Rat mehrheitlich beschlossen, Antrag vom Februar diesen Jahres auf Prüfung einer Verfassungsklage. Ein Schritt in die richtige Richtung!

Mit ca. 7,1 Mrd Euro sind die Kommunen in der BRD verschuldet. Dieser Betrag ist nichts gegen die vielen Mrd. für die Bankenlobby. Es scheint nicht gewollt zu sein, den Kommunen zu helfen.

Maßgeblich für die Schieflage der kommunalen Finanzsituation ist:

1. die Folgen von Steuerentscheidungen in Berlin und Düsseldorf
2. Den Aufgabenverlagerungen von Bund, Land und der EU zu Lasten der Kommunen ohne entsprechenden Finanzausgleich
3. Den tief greifenden Verwerfungen in der Finanzwelt
4. Der Deregulierungspolitik der Arbeitsbedingungen mit allen Auswirkungen auf das sinkende Einkommen in privaten Haushalten und die zunehmende Verunsicherung für den Fortbestand der Beschäftigung
5. Die fehlerhafte Ausgabenpolitik verbunden mit einer Sozialpolitik die ‚drauf steht, aber nicht drin ist‘ in unserer Kommune.

## **Zu den Aufgabenverlagerungen ohne entsprechenden Finanzausgleich**

Beispiel Haushaltsplan 2010, S. 261:

Im Produktbereich 31 soziale Leistungen nach SGB II (Leistungen zur Eingliederung, Unterkunft / Heizung, sonstige Leistungen und Alg II) Kostenerstattung liegt bei rund 1,3 Mio. Euro, Ausgaben bei 3,3 Mio. Euro darin enthalten 2 Mio Euro für Transferleistungen.

Rechnen wir wohlwollend haben wir hier bereits einen Verstoß des Konnexitätsprinzips von rund 700 tsd Euro.

Beispiel Kindertageseinrichtung, S. 318:

Einem Landeszuschuss von 14.500 Euro stehen Aufwendungen von rund 200.000 Euro gegenüber. Bildung ist wichtig, auch schon bei den Kleinsten. Bildung muss kostenfrei sein, damit alle Kinder schon in jungen Jahren – ungeachtet der finanziellen Situation ihrer Familie – teilhaben und sich entwickeln können.

Der Haushaltsplan 2010 ist unter Zuhilfenahme einer allgemeinen Ausgleichsrücklage ausgeglichen.

Wir leben also vom ‚Ersparnen‘.

Wir müssen zum Wohle unserer Einwohnerinnen und Einwohner jedoch mehr ausgeben!

Zu einzelnen Punkten im Haushaltsplan 2010:

**Wo Geld verschleudert wird – für eine völlig mangelhafte Wirtschafts- und Sozialpolitik in Gevelsberg. Wieder einmal nur für ‚Systemrelevante‘ aber nicht für alle Bürgerinnen und Bürger.**

Hier ein paar wenige Beispiele:

**Schwimm in** (S. 399)

Die Modernisierungsmaßnahmen in Höhe von rund 6.9 Mio Euro, davon 3 Mio in 2010 kommt dem neuen Betreiber zu gute – dafür wurden auch noch Kredite aufgenommen. Das Schwimm in wird hübsch gemacht für die Verpachtung und Fremdbetreibung.

Folge nach dem Erwerb: Preise für die Nutzer werden voraussichtlich steigen. Werden die Beschäftigten auch nach einem Jahr dort arbeiten können?

Wir sind nicht gegen eine Modernisierung. Wir fragen uns jedoch, warum die Kommune das Schwimmbad nicht weiter betreiben kann? bzw. Warum investiert der neue Betreiber nicht auf eigene Kosten?

Der **Ennepebogen** verschlingt Millionen, auch wenn ein Teil der Finanzierung über das Konjunkturpaket II finanziert wird. Haben wir keine wichtigeren Ausgaben?

Der Verkauf und die Bebauung des Geesportplatzes: Warum wurden die Grundstücke nicht verpachtet an junge Familien? Dies wäre wirklich ein Betrag zur Attraktivität unserer Stadt gewesen. Statt dessen wird das

Tafelsilber – das Geld was allen Bürgerinnen und Bürgern gehört – verscherbelt. Der kurzfristige Geldsegen durch den Verkauf ist schnell verpufft.

Die **Neugestaltung der Fussgängerzone** auf Wunsch von Procity, sorry dem Vorstand von Procity und anderen. Auch dies wird mit 65.000 Euro geplant, die nicht wirklich dringend notwendig sind. Reicht das Stutzen der Bäume zunächst nicht aus?

### **Einnahmequellen die nicht notwendig sind**

Ein paar Beispiele:

**Grundsteuer B-Erhöhung:** Hebesatz von 395% auf 435% scheinen ‚Peanuts‘ für die betreffenden EigentümerInnen zu sein. Wir lehnen eine Erhöhung jedoch ab, da zuerst Hausbesitzer und dann durch das Umlageverfahren die Mieter betroffen sind:

1. Mieterinnen und Mieter mit geringen oder keinem Einkommen, die aber keine Transferleistungen erhalten, oder
2. Eigentümerinnen und Eigentümer, wie z.B. Rentnerinnen und Rentner, junge Familien mit geringem Einkommen..

Die Aussage der SPD: „Wer ein Haus besitzt, hat genug Geld.“ Stimmt so heute einfach nicht mehr.

Auch die drastische Erhöhung der **Müll- und Wassergebühren** von bis zu 16 %, in Einzelpositionen sogar um 35% (Fortleitung Schmutzwasser) trifft mal wieder die Mitbürgerinnen und Mitbürger, die finanziell nicht auf einem grünen Zweig sind. SPD, CDU und FDP hatten keine Skrupel zuzustimmen.

Hier zeigt sich, dass was auf Bundes- und Landesebene bereits seit Jahrzehnten läuft, läuft auch auf kommunaler Ebene: Die Umverteilung von unten nach oben.

Es wird Zeit, endlich damit aufzuhören!

### **Was wir brauchen und was besser gemacht werden kann**

Hier einige Beispiele

#### **Jugendarbeit** (Produktbereich 36)

Das Stadtteilkonzept für Berge-Knapp und Vogelsang schlägt einen ‚ambulanten‘ Jugendtreff vor. Die Jugendlichen dürfen wie die Nomaden von einem leer stehenden Gebäudeteil zum nächsten wandern.

Wir fordern

1. flächendeckende stationäre – also dauerhafte - Einrichtungen für Jugendliche
2. den Einsatz von Streetworkerinnen und Streetworkern, die viele Jugendliche da abholen wo sie sind: von der Straße, um ihnen eine sinnvolle, u.a. Freizeitgestaltung aber auch Lebensperspektive, zu

vermitteln. Wir kennen alle die Gruppen von Jugendlichen die oftmals grölend durch die Straßen ziehen.

Dieser Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, dass man erst mal sehen müsse, ob überhaupt Bedarf besteht.

In den Workshops in Berge-Knapp und Vogelsang wurde das von den Bürgerinnen und Bürgern gewünscht! Wie lange und vor allem WAS soll hier denn noch geprüft werden?!

Gut ist, dass das Anliegen der LINKEN an den Jugendhilfeausschuss weitergeleitet wird.

Die **Ausbildungssituation** für Jugendliche ist katastrophal. Die Gründe sind vielfältig. Wir fordern –neben dem Ausbildungspakt – der, bei allem Respekt den UrheberInnen gegenüber, mit 180 Sozialstunden eher an straffällige Jugendliche erinnert.... und mit Kopfnoten.

Apropos ‚Kopfnoten‘. Zitat: „Kopfnoten werden abgeschafft. Eine solche Note wird der individuellen Vielfalt der Kinder nicht gerecht und entspricht nicht einer angemessenen Kultur der Rückmeldung.“

Landtagswahlprogramm SPD NRW, S. 18. DIE SPD hat es von den LINKEN abgeschrieben.

Wir benötigen für die Jugendlichen ein tragfähiges Konzept, das bereits frühzeitig bei **allen** Schulformen ansetzt. Es soll eine Kommission gebildet werden, die eine Schulform-übergreifende Konzeption erarbeitet, die die Ausbildungshemmnisse bei den Jugendlichen, aber auch bei den potenziellen Ausbildungsbetrieben aufgreift: Rechnen, schreiben, lesen...?

Wir schätzen sehr die Arbeit der Hauptschule um die Schülerinnen und Schüler zu unterstützen. Wir sehen hier jedoch dringend einen Nachbesserungsbedarf.

Auch hier muss ein Haushaltsansatz berücksichtigt werden.

### **Schulverpflegung**

Allen Schülerinnen und Schülern im Ganztagsbetrieb muss es ermöglicht werden, zumindest ein Mittagessen - und für alle Schulformen auch ein Frühstück zu erhalten.

Nicht nur der Kinderschutzbund bemängelt, dass Kinder häufig ohne Frühstück und Mittagsverpflegung am Schulunterricht teilnehmen. Mit einem leeren Magen lässt sich nicht lernen.

Wir fordern einen entsprechenden Haushaltsansatz, damit dies kostenlos für die Schülerinnen und Schüler ermöglicht wird. Eine Ausgrenzung von finanzschwachen Kindern und Jugendlichen darf nicht weiter hingenommen werden.

### **Gesamtschule** (Antrag DIE LINKE)

Wir forderten für die Gevelsberger Schülerinnen und Schüler eine Gesamtschule hier vor Ort. Daher die Berücksichtigung im Haushaltsplan

2010 mit einer Summe über 5000 Euro zur Prüfung einer Einrichtung einer Gesamtschule in Gevelsberg.

Zur Zeit gehen rund 500 Gevelsberger Schülerinnen und Schüler auf Gesamtschulen in Haßlinghausen, Haspe und Wetter zur Schule.

Weitere Jugendliche sind zu Verwandten oder Bekannten in eine der Ortschaften umgezogen, damit sie eine Gesamtschule besuchen können.

Weitere Jugendliche in Gevelsberg – von denen wir wissen - können dies nicht tun und der Gesamtschul-Besuch bleibt ihnen versagt.

Wir benötigen in Gevelsberg eine Möglichkeit der individuellen Förderung der Fähigkeiten. Im Alter von ca. 10 Jahren wird von den Lehrenden entschieden welche Schulform für den einzelnen die ‚richtige‘ ist. Dies stellt die Weichen für das gesamte Leben. Dies halten wir DIE LINKE für sehr bedenklich. Wir fordern eine Schule für alle!

In diesem Punkt wird uns ‚Wahlkampfgetue‘ vorgeworfen. DIE LINKE hält sich an dass, was sie verspricht!

Zitat:“..Die Diffamierung der Gesamtschule wird beendet. Entwicklungen vor Ort werden konstruktiv begleitet und die Ganztagsform wird wieder ermöglicht“ Landtagswahlprogramm 2010 SPD NRW, Seite 18 – inhaltlich von dem LINKEN-Programm abgeschrieben.

Leider wurde die beantragte Bedarfsermittlung zu unserem Antrag abgebügelt – insbesondere mit der Begründung: ‚Wir wissen nicht, was nach der Landtagswahl sein wird‘ (SPD) und der Bürgermeister sagte klar, dass es hierfür kein Geld gibt.

Noch nicht einmal eine Bedarfsermittlung ist erwünscht. Wie wir heute gelernt haben, liegt es am Geld.

### ***Beratung für Kurzarbeitende***

Vor der Kommunalwahl mit viel ‚Tamtam‘ im Rathaus in Szene gesetzt, nach der Kommunalwahl lautlos verschwunden.

Wird sie vor dem 9.Mai wieder ins Leben gerufen?

Jetzt werden die Nöte noch größer: Die Kurzarbeiterregelung läuft aus.

### **Soziale Leistungen** (Produktbereich 31) Antrag DIE LINKE

Die Bürgerselbsthilfe e.v. mit 250,- Euro monatlich (3.000 Euro pro Jahr) unterstützen.

Zweck des Vereins ist u. a. die Beratung und Unterstützung von Menschen in prekären Lebenslagen, insbesondere Grundsicherungsempfängern.

Darunter fallen vor allem EmpfängerInnen von ALG II,

Altersrentner/innen, Erwerbslosenrentner/innen und Sozialhilfeempfänger.

Auch SGB III-Beratung (LeistungsempfängerInnen der Bundessagentur für Arbeit) wird angeboten.

Dies ist dringend notwendig!

Im Kreistag wurde festgestellt, dass es hier geografisch eine Deckungslücke gibt.

Dieser Antrag wurde abgelehnt mit folgenden Begründungen: SPD und CDU: „Wir haben ein ‚Déjà-vu‘, diesen Antrag hatten wir doch schon einmal.“

Nein, den hatten Sie noch nicht!

Déjà-vus haben wir auch nicht, wenn es um die Fußgängerzone, verkaufsoffenen Sonntage oder um die Neugestaltung der unteren Fußgängerzone geht.

FWG: „Wenn man einen Verein gründet, dann muss man eben schauen wo das Geld herkommt.“

Gilt das auch für Procity?!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
so wird mit den Nöten der Leute –mit Ihren Nöten - umgesprungen.  
Auch in unserer Stadt sind die pseudo-Sozialen unterwegs = es gibt systemrelevantes und weniger systemrelevantes.

### **Gevelsberger Tafelladen**

Am 04.03.2010 wurde in Gevelsberg der Tafelladen gegründet.

Die Diakonie, die CDU, SPD und andere rühmen sich damit, wie sozial Gevelsberg nun ist.

Grundsätzlich ist es gut, dass wir eine Anlaufstelle für Bedürftige haben.

Es ist aber ein Armutszeugnis für unsere Stadt!

Die Krönung dabei ist, dass rund 30 ehrenamtliche Menschen den Tafelladen aufrechterhalten! Ihnen gebührt unser großer Dank!

Wir fordern für den Haushalt 2010, dass sozialversicherungspflichtige Stellen eingerichtet werden, um diese wichtige Arbeit durchzuführen. Damit wenigstens an dieser Stelle Menschen ein Einkommen haben, von dem sie leben können.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Es gibt viel zu tun!

Sparbemühungen zu lasten der finanzschwachen, pseudo-soziale Aktionen mit Geld-zum-Fenster-hinauswerf-Aktionen, die nun wirklich jetzt nicht notwendig sind, können wir nicht zulassen und lehnen den Haushalt 2010 ab.

Eine Stadt – unsere Stadt – wird nicht dadurch attraktiver, dass sie optisch hübsch gemacht wird.... Das Innenleben muss auch stimmen: Es

muss mehr für die Bürgerinnen und Bürger getan werden, die nicht unter dem Begriff ‚systemrelevant‘ fallen.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die uns jederzeit mit Rat und Tat zur Seite gestanden haben sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der technischen Betriebe und des Schwimmbads.

Gevelsberg, 25.03.2010

Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Gevelsberg